

Antrag 121/I/2020 KDV Neukölln
Für einen lösungsorientierten Umgang mit Drogenkonsum in Berlin

Beschluss: Annahme

In Berlin haben die Sichtbarkeit des Handels mit und der Konsum von illegalen Drogen in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Die Beschaffungskriminalität und der Drogenhandel auf der einen Seite und die Spritzenfunde in Grünflächen und auf Spielplätzen auf der anderen Seite stellen für das Land, die Bezirke und die Polizei ein wachsendes Problem dar. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es wichtig, diese Situation zu verändern und Lösungen zu entwickeln, ohne dabei Menschen mit einer Suchtabhängigkeit noch weiter ins gesellschaftliche Abseits zu stellen oder sie zu kriminalisieren. Wir wissen, dass eine Lösung nur langfristig erfolgen kann und ein konzertiertes Denken in Verantwortung aller betroffenen Behörden im Land Berlin notwendig ist. Gleichzeitig wollen wir alles dafür tun, dass Bürgerinnen und Bürgern alle Bereiche des öffentlichen Raums möglichst ohne Einschränkungen nutzen können. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger darf nicht gegen die individuelle Situation von Suchtmittelabhängigen ausgespielt werden. Vielmehr können Lösungen nur funktionieren, wenn sie beide Aspekte – ein befriedeter öffentlicher Raum für alle und wirksame Hilfen für Konsumierende – in den Blick nehmen. Wir folgen dabei dem Leitsatz: Jede Bürgerin und jeder Bürger hat ein Recht auf den öffentlichen Raum.

Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. Wir fordern die Übertragung der landesweiten Sucht- und Drogenkoordination in Abstimmung mit den Bezirken an eine zentrale Stelle an. Hierzu zählt die Erarbeitung und Durchführung eines landesweiten Konzepts, das sowohl die Sozialarbeit als auch den Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum fokussiert und damit eine Bündelung von Informationen und Handlungsbedarfen aus Zivilgesellschaft, Ermittlungsbehörden und Hilfesystemen darstellt.
2. Wir wollen eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Konsumeinrichtungen, da Sucht nicht um 18:00 Uhr endet. Deshalb müssen dringend Konsummöglichkeiten auch in den Abendstunden bis in die Nacht hinein geschaffen werden.
3. Wir wollen suchtmittelabhängige Menschen noch stärker als bisher in das soziale und medizinische Netzwerk des Bezirks und der Stadt integrieren. Die bestehende soziale Infrastruktur ist, etwa im Bereich der Unterbringung, nicht auf die spezifische Klientel der suchtmittelabhängigen Wohnungslosen eingestellt. Deshalb soll der Senat ein entsprechendes Konzept und Piloteinrichtungen in Zusammenarbeit mit den Bezirken initiieren.
4. Wir wollen die aufsuchende Sozialarbeit stärken, um mehr Konsumierende zu erreichen, sie auf Einrichtungen aufmerksam zu machen und auf diesem Weg auch Unterstützung beim Umgang mit ihrer Sucht anbieten zu können. Die Unterstützung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern durch entsprechende Sprachkompetenzen (z.B. durch Sprachmittler) wollen wir ebenfalls fördern. Zudem wollen wir prüfen, inwieweit weitere Zugangshürden, wie die Registrierung zur Nutzung von Drogenkonsumreinrichtungen, abgebaut werden können.
5. Wir wollen, dass langfristig Drogenkonsumierenden geholfen wird. Dazu gehört der Ausbau der aner kennenden Drogenarbeit, etwa durch eine Ausweitung des Projektes Patrida, wie sie bereits von der Landesdrogenbeauftragten unterstützt wird. Wir erwarten von den zuständigen Senatsverwaltungen und den Krankenkassen die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, um mehr Menschen aus der Sucht den Weg in langfristig begleitete Therapieangebote – von Substitution bis hin zur Integration in den Arbeitsmarkt – zu ermöglichen. Dazu fordern wir, dass auch Menschen ohne Krankenversicherung der Zugang zu Therapieangeboten ermöglicht wird.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat

Stellungnahme(n)

Stellungnahme der AH-Fraktion 2022:

Ein zentrales Anliegen der SPD-Fraktion ist es, ein inklusives, diskriminierungsfreies Gesundheitswesen sicherzustellen. Dieses Ziel wurde auch im Koalitionsvertrag festgehalten (S. 36). Dies bedeutet auch, dass die Mitglieder der Fraktion jeglicher Stigmatisierung von Drogenkonsum und Abhängigkeitserkrankungen entgegenwirken. Der Ausbau von Drogenkonsumräumen und Kontaktangeboten hinsichtlich der Anzahl und Öffnungsmöglichkeiten wurde im Koalitionsvertrag dementsprechend explizit als Ziel vereinbart (S.43). Auch die Errichtung einer suchtmittelakzeptierenden Einrichtung speziell für wohnungs- bzw. obdachlose Frauen wurde im Koalitionsvertrag vereinbart (S. 35). Im Einzelplan 09 des Haushaltsentwurfs 2022/2023 wird der lösungsorientierte Umgang mit Drogenkonsum insbesondere im Titel 89360 abgebildet, welcher u.a. Zuschüsse für die Einrichtung weiterer Drogenkonsumräume vorsieht.

Stellungnahme des Senats 2022:

Die Polizei Berlin hat gegen den öffentlichen Handel mit Betäubungsmitteln und dem damit zum Teil einhergehenden öffentlichen Konsum Einsatzkonzeptionen entwickelt. Für die Brennpunkte im Innenstadtbereich wurde die Brennpunkteinheit in der Polizeidirektion 5 (City) gebildet. Diese wird unter anderem gezielt zur Bekämpfung des offenen Betäubungsmittelhandels in Zusammenarbeit mit den örtlichen Polizeiabschnitten überwiegend an kriminalitätsbelasteten Orten eingesetzt. Im Hinblick auf negative Begleiterscheinungen des öffentlichen Betäubungsmittelkonsums, insbesondere das Zurücklassen von Konsumutensilien und Tendenzen zur Verwahrlosung, arbeiten die örtlichen Polizeidienststellen eng mit den Ordnungsämtern der Bezirke zusammen, um eine regelmäßige Reinigung der Bereiche zu bewirken. Darüber hinaus kooperiert die Polizei Berlin mit den Suchthilfeeinrichtungen und den Institutionen der sozialen Hilfen, um den Konsum von Betäubungsmitteln in der Öffentlichkeit zu reduzieren.

Die Koalition steht für ein diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und wirkt jeglicher Stigmatisierung entgegen, wie sie zum Beispiel bei Drogenkonsum auftreten. Die Koalition setzt auf eine akzeptierende Drogenpolitik mit Fokus auf einen selbstbestimmten Verbraucherschutz und vertritt eine fortschrittliche Drogenpolitik, die die gesundheitliche Unterstützung von Menschen mit Suchterkrankungen in den Mittelpunkt stellt. Die Koalition will die Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen mit den Drogenberatungsstellen zu integrierten Suchtberatungsstellen weiterentwickeln. Das Drogenkonsumraum- und Kontaktangebot wird hinsichtlich der Anzahl wie auch der Öffnungsmöglichkeiten ausgebaut. Das „Landeskonzept Sucht“ wird diese Ansätze zukunftsfest machen.